

Berlin, 17. Mai 2022

Beitrag des Evangelischen Militärbischofs
zur Veranstaltung:
**„Brücken bauen
Politik in evangelischer Verantwortung
70 Jahre Evangelischer Arbeitskreis
von CDU und CSU“**

im Panel 2:

„EAK, Protestantismus und deutsche Gesellschaft“

Herzlichen Glückwunsch, lieber EAK, zum Jubiläum!

Herzlichen Glückwunsch, meine Damen und Herren, zu diesem lebendigen Arbeitskreis!

Sehr geehrter Herr Prof. Lammer, Thomas Rachel, lieber Herr Borchardt,

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, dass ich heute mit Ihnen feiern darf. Das ist eine interessante Erfahrung, zugleich Gast und ein bisschen Gastgeber zu sein. Es ist

auch *mein* EAK, er ist Teil meiner politischen Identität und meiner eigenen Geschichte.

2002 durfte ich mit dem kleinen Team der Bundesgeschäftsstelle als Bundesgeschäftsführer den Akt zum 50. Jubiläum in Siegen organisieren. Damals war die Siegerlandhalle brechend voll. Über 2000 Menschen waren da. Viele mussten sogar ausgeladen werden. Helmut Kohl sprach das erste Mal nach langer Zeit wieder in Anwesenheit von Angela Merkel, Roman Herzog und Jürgen Rüttgers vor großem Publikum. Sein Thema: Unsere politische Verantwortung für ein geeintes Europa. Die EKD war durch den Ratsvorsitzenden Kock vertreten.

2012 feierte ich als Bevollmächtigter des Rates den Gottesdienst bei der 60. Jahrfestfeier in Siegen. Und jetzt im Jahr 2022 darf ich als Militärbischof zum 70. Jahr an einem Panel der Konrad Adenauer Stiftung mitwirken. Unterschiedliche Aufgaben, unterschiedliche Stationen, immer aber eine große Verbundenheit.

Ich überbringe Ihnen also die offiziellen Grüße und Glückwünsche der Evangelischen Militärseelsorge und muss ein bisschen aufpassen, was ich sage.

Damit sind wir schon mittendrin im Lebensthema des EAK! Die Frage war vom ersten Augenblick an: Wie politisch darf die Kirche sein?

Und (wenn wir denn akzeptieren, dass Politik in unserem Land von Parteien gestaltet wird) wie parteilich darf ein Kirchenvertreter sein?

Eine zweite Frage kam dazu: Wie religiös (oder gar: konfessionell) darf eine Volkspartei sein?

Hinzu kommt, dass auch die, die überzeugt sind, dass die Kirche nicht nur politisch sein *darf*, sondern es sein *muss* (!) nicht automatisch die CDU/CSU als das politische Lager der Christen ansehen.

Es hat den Anschein, als hätten unsere Vorgängerinnen und Vorgänger in manchen Phasen unserer Geschichte gewissermaßen einen doppelten Exoten-Status gehabt: einsame Konservative in der kirchlich-evangelischen Lebenswelt – und versprengte Evangelische in einer Partei, die gegen den Verdacht kämpfte, direkt aus dem Vatikan (oder zumindest aus der päpstlichen Nuntiatur in Bad Godesberg) ferngesteuert zu werden.

Der EAK hat sich in beeindruckender Weise um die Einbindung der evangelischen Christen innerhalb der Union verdient gemacht. Das bereits in einer Zeit, als dies noch nicht selbstverständlich war.

Auf Schulhöfen trennte ein Strich die evangelischen von den katholischen Kindern. Man war sich, so schreibt es auch Christian Meißner, zum ersten Male – bei allen konfessionellen Gräben – darin einig, dass der neue deutsche Staat in Freiheit und Demokratie nur dann gedeihen könnte, wenn er sich seiner tragenden christlichen Wurzeln besinnen und dauerhaft versichern würde.

Heute zum Jubiläum sehen wir, dass dieser Weg der richtige war.

Die Militärseelsorge ist ein kirchliches Arbeitsfeld, das viele Parallelen in Geschichte und Entwicklung mit dem EAK aufweist, aber auch ein paar sehr grundsätzliche Unterschiede. Dies möchte ich heute kurz schlaglichtartig beleuchten. Und vielleicht gibt es ja auch einen Lerneffekt mit Blick auf die Militärseelsorge als einen Zweig der EKD, der vielleicht denen, die politisch ihr evangelisch sein in der CDU/CSU lebten und leben, innerlich

nahestand und steht – mit Blick auf die dort handelnden Personen wie auch den dort vertretenen Inhalten.

Die Militärseelsorge ist ein Kind der 50er Jahre. Wir feiern in diesem Jahr unser 65. Jubiläum.

Was für den EAK Hermann Ehlers und seine Weggefährten waren, sind für uns Hermann Kunst und die Militärgeistlichen der ersten Stunde.

Christen und Kirchenmänner, die von den Erfahrungen der Diktatur und des Krieges geprägt (manche auch traumatisiert) waren.

Sie teilten mit den allermeisten ihrer Generation das „Nie wieder!“, das über diesen Jahren und Erfahrungen stand. Aber ein anderes Motto dieser Zeit, das „Ohne mich!“ war für sie keine Option. In der evangelischen Kirche hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Demokratie und Rechtsstaat der aktiven Beteiligung bedürfen.

Unsere Mütter und Väter waren parteilich, sie waren entschlossen, diese neue Bundesrepublik, deren Gründung sie mit großer Sympathie begleiteten, nicht sich selbst bzw. anderen Kräften zu überlassen.

Aus diesem Geist heraus entstanden Jugendhäuser und evangelische Akademien, aber auch ein kirchlicher Arbeitsbereich wie die Militärseelsorge, die von Anfang an als gemeinsame Unternehmung von Staat und Kirche konstruiert war.

Die öffentliche Verantwortung der Christen betonte in dieser Zeit auch Ehlers. Er sagte: „Die Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Menschen hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, den in einem Jahrhundert so entleerten Begriff der Freiheit auszufüllen und deutlich zu machen, dass der Glaube keine Privatsache ist, sondern den Menschen in eine öffentliche Verantwortung ruft, die er wie alle Taten vor dem Richtstuhl Gottes zu vertreten hat.“ (Grundlagen einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen, ACDP – 369 – 16/2, 12. März 1952).

Das Wirken von Staat und Kirche für die Demokratie in Deutschland nach 1945 mit der sogenannten hinkenden Trennung von Staat und Kirche ist eben kein Modell, das einen Krankheitszustand beschreibt. Vielmehr ist es ein Erfolgsmodell, das die Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrem Christsein in die demokratische Verantwortung zog.

Jahrzehnte später geriet die Kirche mit dieser Haltung in die Kritik. Nachgeborene und neu Hinzugekommene wiesen uns darauf hin, das sei ja „staatsnah“; und mit Entdeckerstolz bemerkten sie, hier würden doch tatsächlich Kirche und Staat verbotenerweise gemeinsam an einem Strang ziehen. Das galt dann auch für das Verhältnis der Kirche zur Bundeswehr oder der Kirche zu den Universitäten und so weiter.

Natürlich ist es erlaubt, das so zu sehen. Aber wer so argumentiert, hat die Pointe unserer Geschichte nicht verstanden. Wenn die Idee war, die junge Bundesrepublik nicht sich selbst zu überlassen, sondern sie aktiv mitzugestalten, in ihr *evangelische Verantwortung* zu übernehmen, dann läuft diese Kritik weit offene Kasernentore ein. Und bei einer Feierstunde wie heute kann man ganz entspannt sagen: Es gab diese Kritik auch damals schon – und das macht sie nicht besser.

Die spannenden Zeiten des EAK waren auch die herausfordernden Zeiten der Militärseelsorge.

Ich denke an die frühen 80er mit der heftigen öffentlichen Auseinandersetzung um den richtigen Kurs in der

Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dazu fanden regionale Tagungen des EAK in ganz Deutschland statt.

Zum Schloss-Burger-Gespräch in Solingen kamen 1979 Hermann Kunst, der ehemalige Militärbischof und der ehemalige Generalinspekteur Ulrich de Maizière zusammen.

Das Friedensthema führte Ende der 70er Anfang der 80er Jahre zu heftigsten kirchlichen und politischen Debatten. Die kreisten vor allem um den NATO Doppelbeschluss vom Dezember 1979.

Es war von daher folgerichtig, dass der EAK seine 24. Bundestagung im Juni 1980 unter das Motto stellte: „Für den Frieden – aus christlicher Verantwortung.“ Auf dieser Tagung sprach der Berliner Neutestamentler Walter Schmithals und formulierte so: „Was wir brauchen, ist jene Weisheit des Lebens, von der die Bibel sagt, dass sie mit der Furcht des Herrn anfängt. Aber eben diese Weisheit ist weder politisch noch wissenschaftlich herzustellen. Sie ist ein Geschenk der Gnade. Darum ist nach wie vor der beste Dienst am Frieden, den die Gemeinde Christi tun kann, dass sie den Frieden Gottes verkündigt,

indem solche Weisheit wurzelt, und der beste Friedensdienst des Christen, in solcher Weisheit zu leben. Ein Senfkorn an Furcht des Herrn enthält mehr Frieden als der ganze Baum der politischen Theologie.“

Wenn man sich die evangelische Diskussion in den heutigen Tagen anhört, zumal manche Stimme, die im Titel bereits den Frieden führt, der mag Walter Schmithals auch heute noch recht geben.

Frieden ist nicht eindimensional zu erreichen. Und zu denken, dass der Mensch ihn schafft, mit oder ohne Waffen eine Hybris.

Gerade in evangelisch-kirchlichen Kreisen der damaligen Zeit galt die Verweigerung des Wehrdienstes als das „deutlichere Zeichen“ und fast schon selbstverständliches evangelisches Friedenszeugnis.

Wer zur Bundeswehr ging, fühlte sich in der Kirche beargwöhnt, es gab Verletzungen und Entfremdungen. Der Ausruf „Soldaten sind Mörder“ gerade aus kirchlichen Kreisen, ärgerte nicht nur den EAK sondern auch die Vertreter der Militärseelsorge. Und wenn ich heute Generale und Admirale zu einer Tagung zusammenhole, dann

berichten sie mir von dieser Zeit, dass sie nicht in Uniform heiraten durften und von ihrem Gemeindepfarrer als Mörder tituliert wurden. Man kann manchmal nur staunen, dass diese Menschen heute noch evangelisch sind.

Die Militärseelsorge wurde bedrängt, Personalgemeinden zu gründen, weil die Soldaten – damals waren es ja nur Männer – sich in den „zivilen“ Kirchengemeinden nicht mehr angenommen glaubten. Das brachte uns in Verlegenheit, denn wir verstanden uns – ganz ähnlich wie der EAK – als Brücke zwischen der Kirche und einer bestimmten Lebenswelt, wollten aber auf keinen Fall Ersatzkirche werden; dann hätten wir einen Teil unseres Auftrags verfehlt.

Mit dieser Diskussion kam uns eine Rolle zu, die nicht nur gut war: Viele sahen die Militärseelsorge als Lobby-Gruppe für die Bundeswehr und für ein bestimmtes Verständnis von Sicherheitspolitik und Friedensethik. Das sind andere Aufgaben, als sie der Militärseelsorgevertrag beschreibt; dort ist nur von Seelsorge und freier Religionsausübung die Rede.

Unsere Vorgänger sind pragmatisch mit dieser Herausforderung umgegangen. Manchmal ist es eben eine Tat der Nächstenliebe und ein Akt der Seelsorge, zwischen einem Christenmenschen und der vermeintlichen Meinungsmehrheit seiner Kirche zu vermitteln und um Verständnis zu werben.

Wie alle Klischees wird auch das vom Militärpfarrer als Bundeswehrvertreter und -werber umso unschärfer, je genauer man hinschaut.

Diese Geistlichen mussten auch manche Kritik als „NATO-Pfarrer“ einstecken mussten und wurden auf Kirchentagen demonstrativ aufgefordert, mitgebrachte Messer und manchmal sogar Särge zu segnen.

Der Platz des verantwortlichen Christen ist oft genug zwischen allen Stühlen – oder zwischen allen Kirchentags-Papphockern (aber wem sage ich das).

„Wir danken alle Gott!“, titelte die B.Z. am 11. November 1989. Diesem Dank habe ich mich persönlich aus vollem Herzen angeschlossen und ich weiß, dass auch die Menschen im Evangelischen Arbeitskreis und in der Militärseelsorge glücklich über die Freiheit für ganz Deutschland

und über den Frieden waren, den wir alle nach dem Ende der Blockkonfrontation erhofft haben.

Vielleicht waren wir auch stolz auf die evangelischen Brüder und Schwestern im Osten, da sie mit ihren Friedensgebeten und mit ihrer unnachgiebigen Art wesentlich dazu beitrugen, dass die DDR zusammenbrach. So war der Zusammenbruch des Sozialismus und des Kommunismus maßgeblich durch die katholische und evangelische Kirche im Osten Europas vorangetrieben worden – und wer es nicht ganz so „dicke“ haben möchte, dann sagen wir eben von katholischen und evangelischen Christen.

Trotzdem: Innerkirchlich begannen bald sehr ruckelige Zeiten. Manche evangelischen Kreise waren mit der Gesamtsituation eher unzufrieden und verfuhrten nach der Devise: Wenn wir schon den Anschluss nach Artikel 23 des Grundgesetzes nicht verhindern können, können wir wenigstens in der Kirche ein Zeichen gegen jede Siegermentalität setzen.

Bald waren Kirchensteuer, Bildungswesen und Militärseelsorge als Felder der Auseinandersetzung identifiziert

– und es war unser Pech, dass die beiden anderen Themenfelder zu wichtig waren und es mit Blick auf den Militärseelsorgevertrag jahrelange lähmende Diskussionen gab.

Es dauerte geschlagene 14 Jahre, bis das neue Kirchengesetz zur Regelung der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr in Kraft trat.

Heute sind wir dankbar für dies gute Ergebnis, aber es war ein sehr mühsamer Weg und es konnte der Eindruck entstehen, dass viele Stellvertreterdebatten geführt wurden. Das Sprichwort vom Esel, den man meint, und dem Sack, der geschlagen wird, drängt sich auf.

Ganz anders agierte der EAK in dieser Zeit. Ihm gelang es ein Forum des Austauschs zwischen Ost und West zu sein. Für die Bundestagung im März 1990 wählte man das Motto „Freiheit und Einheit – Zukunft für Deutschland“. An der Bundestagung nahmen Redner und Gäste aus der DDR teil und es wurden zahlreiche politische Kontakte geknüpft. Der EAK suchte gezielt Kontakte zu evangelischen Frauen und Männer, die in der Opposition zum SED-Regime gestanden hatten und nun in politische

Verantwortung und Ämter kamen, so auch in der Ost-CDU und den neuen Parteien „Deutsche Soziale Union“ (DSU) und „Demokratischer Aufbruch“(DA). Die Pfarrerin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringen Christine Lieberknecht saß abends auf einem Podium und sprach mit dem Düsseldorfer Oberkirchenrat Jürgen Regal und dem Görlitzer Bischof Joachim Rogge.

Während die evangelische Kirche also heftig über den idealen Abstand zwischen Militärseelsorgern und ihrer Gemeinde diskutierte und der EAK politisch Interessierte Protestanten aus Ost und West zusammenführte, veränderte sich gleichzeitig die Bundeswehr radikal.

Keine angekündigte Reform war wirklich abgeschlossen, ehe nicht schon die nächste einsetzte. Mit dem Wandel zur Einsatzarmee bekam auch die Begleitung durch die Seelsorge ein ganz neues Gewicht. Zugleich sank der Anteil derer in den Streitkräften, die sich zu einer christlichen Konfession bekannten, drastisch ab.

Es gehört zu den kleinen Erfolgsgeschichten der Militärseelsorge, dass unsere Angebote und auch die Seelsorge in der Praxis von vielen Soldatinnen und Soldaten

unabhängig von einer Kirchenzugehörigkeit nachgefragt werden. Dafür sind wir dankbar, darauf sind wir auch ein bisschen stolz – und vor allem ist das eine gewaltige Verantwortung.

Die jüngste Entwicklung stellt uns vor große praktische Herausforderungen. Die Bundeswehr – und mit ihr die Militärseelsorge – muss wieder lernen, konventionelle Bedrohungen zu denken, um darauf reagieren zu können.

Wir lernen neu, dass es nicht immer um vage „deutsche Interessen“ geht, die man erst einmal definieren müsste und über die man anschließend trefflich streiten kann.

Wir lernen, wie schnell es passieren kann, dass genau das eintritt, was die Bundeswehr immer wusste, was die Soldaten und Soldatinnen der Bundesrepublik seit jeher geloben: dass die Freiheit und das Recht des deutschen Volkes tapfer verteidigt werden müssen.

Als evangelische Christinnen und Christen und als Demokratinnen und Demokraten lässt uns nicht kalt, was in unserer Nachbarschaft passiert.

Das ukrainische Volk hat mein volles Mitgefühl, sein Kampf verdient unsere ungeteilte Sympathie und Unterstützung im Rahmen des Völkerrechts.

Der Widerstand gegen den Aggressor kommt nicht zuletzt auch uns anderen Europäern zugute, weil er abschreckende Wirkung auf diejenigen hat, die vielleicht dachten, man könne ein europäisches Volk innerhalb weniger Tage überrennen und besiegen.

In Charkiw und Kiew wird so auch unsere Freiheit verteidigt.

Frieden ist nur dann Frieden zu nennen, wenn er nicht mit Unfreiheit, Tyrannei oder Unterwerfung unter das Unrecht erkaufte werden muss. Denn so eine Friedhofsruhe wäre kein Frieden – und auf gar keinen Fall ein gerechter.

In Interviews wird öfter die Frage laut, ob die evangelische Friedensethik jetzt „nachgeschärft“ werden müsse? Ich bin der Ansicht, dass wir mit der EKD-Friedensdenkschrift von 2007, mit ihrer Konzeption des gerechten Friedens und den Kriterien zum Einsatz rechtserhaltender Gewalt eine gute Grundlage haben.

Aber ich nehme mit Sorge wahr, dass die evangelische Diskussion der vergangenen Jahre zu naiv war in ihrer allzu optimistischen Annahmen einer allgemeinen Friedfertigkeit aller Akteure, zumindest in unserer näheren Umgebung.

Dies liegt auch an einer Theologievergessenheit, zumal die in die Einsicht unseres Reformators Luther.

Er stellte immer wieder deutlich hervor, dass der Mensch eben kein Wesen ist, das einer Hühnerleiter gleich sich von Jahrhundert zu Jahrhundert ethisch verbessert. So nach dem Motto: Wie kann denn so etwas noch im 21. Jahrhundert passieren . . .

Im Gegenteil. Luther war davon überzeugt, dass der Mensch als Gerechter und Sünder zugleich immer zu allem fähig ist.

Somit ist der Friede, so wünschenswert es auch wäre, nicht der Grundzustand auf dieser Welt. Dies haben wir in den letzten Wochen wieder lernen müssen.

Konsequenz: Wir brauchen stets eine wehrhafte Demokratie. Dies gilt nicht nur für die Fazilitäten der

Bundeswehr, sondern auch, was unsere eigene Haltung angeht. Wir müssen bereit sein in Gedanken, Werken und Taten uns für unser Gemeinwesen einzusetzen und für dessen Erhalt zu streiten. Innen wie Außen.

Als Militärbischof versuche ich, meinen bescheidenen Beitrag zur Meinungsbildung zu leisten.

Zum Glück bin ich hier nicht allein in der Pflicht. Es gibt auch andere, die geradezu prädestiniert sind, mit realpolitischem Verstand, christlichem Menschenbild und evangelischer Friedenshoffnung die Stimme zu erheben.

Mit anderen Worten: Sie!

Als Christinnen und Christen in politischer Verantwortung.

Von daher ist es gut und richtig, dass es den EAK als evangelischen und christlichen think tank und Wächter über den Wertekompass der CDU/CSU gibt.

Wenn es den EAK nicht gäbe, müsste man ihn spätestens heute gründen.

Ad multos Annos!

Herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.